Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Wirtschaftskanzleien in Deutschland (BWD) e.V.

Aktuell seit 19.11.2026 15:22:54

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007857
Ersteintrag:	24.02.2026
Letzte Änderung:	19.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Glink 32 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930214800801 E-Mail-Adressen: kontakt@bundesverband-wirtschaftskanzleien.de Webseiten: https://www.bundesverband-wirtschaftskanzleien.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
60.001 bis 70.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,49

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Philip Kempermann LL.M.**
   Funktion: Vorstandssprecher
2. **Prof. Dr. Alexandra Schluck-Amend**
   Funktion: stv. Vorstandssprecherin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Judith Nikolay**
2. **Christof Kleinmann**
3. **Elisabeth Lepique**
4. **Philipp Reusch**
5. **Prof. Dr. Ines Zenke**
6. **Dr. Philip Kempermann LL.M.**
7. **Prof. Dr. Alexandra Schluck-Amend**

Gesamtzahl der Mitglieder:
44 Mitglieder am 19.11.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):
1. Liquid Legal Institute e.V.
2. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Rente/Alterssicherung; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Anwaltliches Berufsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der BWD vertritt die Interessen seiner Mitglieder - der Wirtschaftskanzleien in Deutschland - gegenüber den im Lobbyregistergesetz genannten Adressaten unter anderem durch

Positionspapiere und Stellungnahmen sowie im Rahmen von Gesprächen und Veranstaltungen. Hierbei stehen die berufsständischen Interessen der Wirtschaftskanzleien im Fokus; ergänzt werden diese Interessen um Beiträge der Wirtschaftskanzleien zum Erhalt und Ausbau des Rechtswesens in einem freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat sowie bei der Ausgestaltung wirtschaftsrechtlicher Normen, die sowohl unsere Mitglieder als auch deren Mandanten betreffen (z.B. das Arbeitszeitrecht).

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. **Berufsrechtliche Rahmenbedingungen für interne Durchsuchungen**

   Beschreibung:
   Interne Untersuchungen spielen im Alltag der Unternehmen eine zunehmend wichtigere Rolle. Anwälte genießen ein besonderes Vertrauen der Unternehmen bei der Aufklärung von (gelegentlich anonym angezeigten) Missständen in Unternehmen. Die Rahmenbedingungen für interne Untersuchungen ergeben sich jedoch bisher nur mittelbar und schemenhaft aus einer Reihe von Rechtsnormen und sind in einzelnen Aspekten umstritten. Daher setzt der BWD sich für einen Beschlagnahmeschutz für Arbeitsprodukte, ein Aussageverweigerungsrecht für Mitarbeitende, ein Beweisverwertungsverbot für Aussagen im Rahmen interner Untersuchungen und entsprechende Weiterentwicklung des anwaltlichen Rollenverständnisses ein.

   Betroffenes geltendes Recht:
   StPO [alle RV hierzu]; BRAO [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Strafrecht [alle RV hierzu]; Anwaltliches Berufsrecht

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2602020004** (PDF - 5 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 06.03.2025 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **Hinweisgeberschutzgesetz: Anpassungsbedarfe u.a. beim Identitätsschutz und der Umsetzung im Konzern**

   Beschreibung:
   Das HinSchG trat am 2.7.2023 in Kraft. Aus der Praxis zeigt sich, dass es Anpassungsbedarf beim Identitätsschutz und bei der Umsetzung im Konzern gibt. Zudem sind in Bezug auf die öffentliche Verwaltung Verfahrens- und Ermittlungsprinzipien unter Berücksichtigung der Rechte der Betroffenen
   und Beteiligten zu harmonisieren.

Betroffenes geltendes Recht:
HinSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602020005** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes**

Beschreibung:
Es bedarf einer grundlegenden Anpassung der arbeitszeitrechtlichen Rahmenbedingungen an die Realität des modernen Arbeitsmarktes. Da diese im Wesentlichen durch die europäische Arbeitszeitrichtlinie determiniert sind, bedarf es auch einer Initiative der Bundesregierung auf europäischer Ebene. Im Sinne von Sofortmaßnahmen müssen auch bereits im Rahmen der bestehenden europäischen Arbeitszeitrichtlinie jedenfalls die vorhandenen Flexibilisierungsmöglichkeiten für das deutsche Arbeitszeitrecht genutzt werden.

Zudem sollte eine Flexibilisierung der Wochenhöchstarbeitszeit nicht unter einen Tarifvorbehalt gestellt werden: Für Wirtschaftskanzleien als freiberuflich organisierte Strukturen ist eine tarifvertragliche Öffnung kein praktikabler Regelungsweg.

Betroffenes geltendes Recht:
ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Anwaltliches Berufsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2604080004** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.04.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Versendet am 08.07.2026 an:

   Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

2. **SG2610060032** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.10.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

4. **Modernisierung des deutschen Zivilprozesses**

Beschreibung:
Der BWD positioniert sich zum Abschlussbericht der Reformkommission "Zivilprozess der Zukunft" und bringt sich mit vertiefenden Hinweisen sowie eigenen Vorschlägen in die Debatte ein (u.a. zur Einführung einer digitalen Kommunikationsplattform, Aufstockung der Ressourcen an Amtsgerichten, Schutz vor übermäßiger gerichtlicher Steuerung des Parteivortrags, zügiger flächendeckender Einrichtung von Commercial Courts, Einführung einer Case-Management-Konferenz zu Beginn des Prozesses, einer Auseinandersetzung mit Modellen der Online-Dispute-Resolution sowie die Abschaffung der Richterrotation, sofern diese nicht auf Wunsch des Richters geschieht)

Betroffenes geltendes Recht:
ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602020006** (PDF)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

5. **Modernisierung des Schiedsverfahrensrechts**

Beschreibung:
Mit einer Stellungnahme positioniert sich der BWD zum BMJV-Referentenentwurf. Der BWD erkennt die Bemühungen zur Stärkung des Schiedsstandorts an und bittet um folgende Änderungen am vorgelegten Gesetzentwurf:
- Entscheidung der Parteien über Anfertigung und Veröffentlichung von Sondervoten, § 1054a ZPO-E
- Ergänzung eines Freigaberechts der Parteien bzgl. der zu veröffentlichenden Entscheidung, § 1054b Abs. 1 S. 1 ZPO-E
- Verzicht auf die Zustimmungsfiktion, § 1054b Abs. 1 S. 2 ZPO-E
- Veröffentlichung der Beschlüsse von Commercial Courts (auch) in deutscher Sprache

Referentenentwurf:
Gesetz zur zur Modernisierung des Schiedsverfahrensrechts (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 27.01.2026
Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602270004** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
   [alle SG dorthin]

6. **Änderungen der VwGO und anderer Gesetze**

Beschreibung:
Der BWD teilt die Einschätzung des BMJV, dass die Verfahrensdauern in der Verwaltungsgerichtsbarkeit – insbesondere in der Eingangsinstanz und der Berufungsinstanz – zu lang sind und ein Hindernis für Investitionen und wirtschaftliches Wachstum darstellen. Auch für den einzelnen Bürger ist ein Rechtsschutz, auf den jahrelang gewartet werden muss, kein effektiver Rechtsschutz.

Die erhoffte Entlastung der Gerichte und Freisetzung zusätzlicher personeller Ressourcen wird dieser Gesetzentwurf nicht erzielen. Der Gesetzentwurf behandelt einzelne Symptome, die Ursache bleibt weiterhin bestehen. In einer Stellungnahme positioniert sich der BWD zu einzelnen Regelungsvorschlägen des BMJV im Referentenengwurf eines 7. VwGO-Änderungsgesetzes.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7824 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze (7. VwGOÄndG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
VwGO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603090024** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

7. **Modernisierung des Anwaltsnotariats**

Beschreibung:
Der BWD begrüßt die im BMJV-Referentenentwurf vorgesehenen Zugangserleichterungen im Grundsatz als geeignet, strukturelle Berufszugangshindernisse abzubauen. Die Verlängerungsmöglichkeit von 2 x 3 Jahren wird als im Ansatz sachgerechter Regelungsweg angesehen. Gleich wohl weist der BWD auf praktische Unsicherheiten hin, insbesondere auf Planungsrisiken durch unplanmäßige Vakanzen bei vorzeitiger Amtsniederlegung sowie auf unklare Auswahlkriterien bei einem Bewerberüberhang im Verlängerungsverfahren. Als Alternativen regt der BWD eine einmalige Verlängerung um bis zu fünf Jahre – zur Verbesserung der Planbarkeit – sowie ein flexibles, bedarfsabhängiges Verlängerungsmodell ohne starre Höchstaltersgrenze an.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/5441 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und Modernisierung des Anwaltsnotariats
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Förderung und Modernisierung des Anwaltsnotariats (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BNotO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Anwaltliches Berufsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603120007** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
   [alle SG dorthin]

8. **Änderungen des anwaltlichen Berufsrechts: Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens 2026**

Beschreibung:
Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens setzt sich der BWD vor allem für folgende Änderungen der berufsrechtlichen Regelungen ein:
1. Grundlegende Neuausrichtung der Regelungen zur Interessenkollision beim Sozietätswechsel, § 43 a Abs. 4 bis 6 BRAO, § 3 BORA
2. Einführung einer berufsrechtlich verankerten Bereichsausnahme hinsichtlich des Arbeitszeitgesetzes
3. Berufsrechtliche Absicherung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in der Mandatsarbeit
von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten
4. Einführung eines gesetzlichen Rahmens für interne Untersuchungen

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4298 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BRAO [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Anwaltliches Berufsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604200009** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.04.2026 an:

   Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 08.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

9. **Änderungen des RegE Zollfinanzgerechtigkeitsgesetz**

Beschreibung:
Der BWD unterstützt das Ziel der Bundesregierung, kriminell erworbenes Vermögen konsequenter abzuschöpfen. Beim geplanten Zollfinanzgerechtigkeitsgesetz sieht der Verband jedoch erheblichen Nachbesserungsbedarf. Insbesondere die Voraussetzungen für staatliche Eingriffe in Eigentumsrechte, der Schutz mitwirkender Betroffener und die vorgesehenen Datenbefugnisse müssen im parlamentarischen Verfahren präzisiert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/8282 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes für mehr Gerechtigkeit durch die Stärkung der Zollverwaltung und die Bekämpfung der Finanzkriminalität
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GwG 2017 [alle RV hierzu]; FVG 1971 [alle RV hierzu]; ZFdG 2021 [alle RV hierzu]; ZollVG [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Anwaltliches Berufsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610200008** (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.10.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

10. **Reform der Strafprozessordnung: Rechtsstaatlichkeit wahren**

Beschreibung:
Der BWD positioniert sich zur anstehenden StPO-Reform; am 16.11.2026 wurde der Abschlussbericht der Reformkommission der Bundesjustizministerin übergeben. Der BWD

wird sich im Laufe der nun anstehenden Reformbemühungen insbesondere dafür einsetzen, Strafverfahren effizienter zu gestalten, ohne dabei rechtsstaatliche Verfahrensgarantien einzuschränken.

Betroffenes geltendes Recht:
StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611190020** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.11.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. **Geldwäscheprävention in Wirtschaftskanzleien praxistauglich regeln**

Beschreibung:
Der Bundesverband der Wirtschaftskanzleien in Deutschland (BWD) begrüßt das Ziel des EU Geldwäschepakets, die Geldwäscheprävention in Europa zu vereinheitlichen. Für die nationale
Umsetzung kommt es darauf an, die geldwäscherechtlichen Pflichten dort anzusiedeln, wo ihre
Erfüllung tatsächlich organisiert wird. In Wirtschaftskanzleien geschieht dies regelmäßig auf Ebene der Berufsausübungsgesellschaft.
Die staatlichen Verfahren sollten an diese Organisationsform anknüpfen. Wer gesetzliche Prüf-
und Meldepflichten erfüllen soll, braucht verlässliche Informationen und Verfahren, die sich in
die laufende Mandatsarbeit einfügen. Zugleich muss die Vertraulichkeit der anwaltlichen Bera
tung gewahrt bleiben.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Sechsten EU-Geldwäscherichtlinie und zur Stärkung der Geldwäscheprävention (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 28.10.2026
Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GwG 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Anwaltliches Berufsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611190022** (PDF - 12 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.11.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

12. **Modernisierung der Juristenausbildung**

Beschreibung:
Eine leistungsfähige Rechtspflege braucht eine juristische Ausbildung, die fachliche Qualität,
rechtsstaatliches Verantwortungsbewusstsein und die Anforderungen der beruflichen Praxis miteinander verbindet. Der BWD begrüßt deshalb die vorgesehenen Erleichterungen bei den praktischen Studienzeiten, die Weiterentwicklung elektronischer Prüfungen und die bundeseinheitliche Regelung zum Ausschluss von Personen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen. Bei der Modernisierung der Ausbildung greift der Entwurf allerdings zu kurz. Künstliche Intelli
genz verändert bereits heute, wie juristische Sachverhalte erschlossen, Dokumente ausgewertet und rechtliche Lösungen erarbeitet werden. Studium, Vorbereitungsdienst und Prüfungen
müssen auf diese Veränderungen vorbereiten.

Referentenentwurf:
Gesetz zur Änderung des Rechts der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der juristischen Ausbildung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 12.10.2026
Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
DRiG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Anwaltliches Berufsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611190023** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.11.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
610.001 bis 620.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

BWD-JA-2025.pdf